



Blick in einen Operationsaal, wo Ärzte eine Nasennebenhöhlen-Operation durchführen. Der technische Fortschritt ermöglicht immer ausgefeiltere Behandlungsmethoden, sorgt aber auch für dramatische Kostensteigerungen im Gesundheitssektor. BILD: DPA

Die Schweiz ist nicht perfekt

- Kosten für Gesundheit steigen im Nachbarland
- Auch bei uns laufen die Ausgaben aus dem Ruder

VON THOMAS DOMJAHN

Kreuzlingen - Experten warnen vor weiter steigenden Kosten im Gesundheitssektor. So könnte der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bis zum Jahr 2040 nach Berechnungen des Konstanzer Ökonomen Friedrich Breyer von aktuell gut 15 Prozent auf fast 25 Prozent steigen. Damit läge der Krankerversicherungsbeitrag, den Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils hälftig zahlen, in gut zwei Jahrzehnten über dem Beitrag zur Rentenversicherung. Dieser könnte bis 2040 nach Breyers Berechnungen von aktuell knapp 19 Prozent auf 23,5 Prozent steigen.

In der Schweiz ist die Situation ähnlich. So seien die Gesundheitskosten seit 1915 Jahr für Jahr gestiegen, berichtet der Schweizer Gesundheitsökonom Konstantin Beck beim Bodensee Wirtschaftsförderungsinstitut ausgerichtete Thurgauer Wirtschaftsinstitut ausgerichtet wurde. Seit 1960 habe sich der Kostenanstieg exponentiell beschleunigt, so Beck. „Der Kostenanstieg verläuft wie auf Schienen“, sagte Beck, der seit 2007 das CSS Institut für empirische Gesundheitsökonomie leitet. Sämtliche Kostensparansätze des 21. Jahrhunderts hätten keinen erkennbaren Effekt gehabt, so Beck.

Als Grund für diesen scheinbar unaufhaltsamen Kostenanstieg identifizierten die beiden Ökonomen zwei Effekte. Zum einen werde die Bevölkerung immer älter und mit zunehmendem Alter stiegen die Gesundheitskosten. So seien die Gesundheitskosten etwa bis zum 50. Lebensjahr vergleichsweise niedrig, stiegen dann aber rasant an, weil viele schwere Krankheiten



Das Schweizer System

In der Schweiz läuft vieles richtig - aber nicht alles. Anders als in Deutschland gibt es dort keine Unterscheidung zwischen gesetzlich und privat versicherten. Das Schweizer Gesundheitssystem ist sozialer als das deutsche, weil alle Bürger in derselben Versicherung drin sind“, sagt Konstantin Beck. Zudem müde man den Bürgern eine höhere Kostenbeteiligung zu, was das Kostenbewusstsein stärke, so Beck. So müssen die Schweizer für Zahnbehandlungen selber aufkommen. (td)



„Der Kostenanstieg im Gesundheitssektor verläuft wie auf Schienen.“

Konstantin Beck, Ökonom

erst im fortgeschrittenen Alter aufzutreten. Noch stärker sei der technische Fortschritt für den Kostenanstieg verantwortlich. „Anders als im IT-Sektor gibt es im Gesundheitssektor ganz selten kostensparenden technischen Fortschritt“, sagte Beck. So würden Taschenrechner oder Computer immer besser und gleichzeitig günstiger, während die Kosten für Operationen oder Medikamente durch den technischen Fortschritt steigen. „Viele chronische Krankheiten, die früher den sicheren

Tod bedeuteten, sind heute behandelbar. Das ist gut, steigert aber die Kosten im Gesundheitssystem“, so Beck.

Laut Berechnungen von Friedrich Breyer, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz, sorgt der technische Fortschritt für einen jährlichen Kostenanstieg von zwei Prozent. „Medizinischer Fortschritt im Gesundheitssektor besteht überwiegend aus neuen und teuren Behandlungsformen“, erklärte er. Die alternde Bevölkerung sorge für einen Kostenanstieg von einem Prozentpunkt pro Jahr, sodass sich die Gesamtkosten um drei Prozent pro Jahr erhöhen werden. „Die Gesundheitsausgaben werden weiter stark steigen, wozu die Bevölkerungsalterung wenig und der medizinische Fortschritt viel beiträgt“, so Breyer.

Dieser Kostenanstieg könne nicht durch das Wirtschaftswachstum aufgefangen werden. Denn das Bruttoinlandsprodukt werde in den kommenden beiden Jahrzehnten im Durchschnitt voraussichtlich nur um ein Prozent pro Jahr steigen.

Als Lösung des Kostendilemmas plädierten beide Ökonomen dafür, die Wirksamkeit moderner Behandlungsmethoden stärker zu hinterfragen. Jede Behandlung, welche die Lebensqualität und die Lebensdauer eines Patienten signifikant steigere, sei wünschenswert und solle deshalb von der Solidargemeinschaft finanziert werden. Viele teure Medikamente und Behandlungen hätten aber nur einen geringen oder gar keinen Effekt auf den Gesundheitszustand des Patienten. Trotzdem würden diese oft durchgeführt, weil die Krankenversicherung die Kosten übernimmt, während die private Zahlungsbereitschaft deutlich geringer sei. Eine stärkere systemische Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen einer Behandlung von Seiten der einzigen Ausweg, um eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu verhindern.

NACHRICHTEN

NIEDRIGZINSEN

Bafin sieht ernste Lage für Pensionskassen

Das Zinstitief bedroht nach Einschätzung der Finanzaufsicht Bafin zunehmend die betriebliche Altersvorsorge. „Ohne zusätzliches Kapital von außen werden einige Pensionskassen nicht mehr ihre vollen Leistungen erbringen können“, sagte Deutschlands oberster Versicherungsbeauftragter Frank Grund in Frankfurt. Die Lage sei noch ernster als vor zwei Jahren und werde sich bei anhaltend niedrigen Zinsen weiter verschärfen. Etwa ein Drittel der 137 Pensionskassen in Deutschland habe die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bereits unter verschärfter Beobachtung. (dpa)

SANITÄRRANCHE

Geberit steigert Umsatz und Ergebnis

Die Geberit Gruppe ist gut in das Geschäftsjahr 2018 gestartet. Wie das Unternehmen mitteilte, kletterte der Umsatz im ersten Quartal um 11,7 Prozent auf 823 Millionen Schweizer Franken. Bereinigt um Währungseffekte belief sich das Plus auf 4,7 Prozent. Dabei legte der Produktbereich Installation- und Spülssystemen 6,5 Prozent zu (in lokalen Währungen), bei den Rohrleitungssystemen waren es 4,0 Prozent und bei den Badezimmerystemen 3,4 Prozent. Das um die Kosten des Sanitär-Kaufes bereinigte Betriebsergebnis (Ebit) erhöhte sich um 12,7 Prozent auf 215 Millionen Franken. (sk)

CHEMIEKONZERN

Bayer erzielt weniger Gewinn

Das Geschäftsjahr 2018 hat für den Chemie- und Pharmakonzern Bayer holprig begonnen. Unter dem Strich verdiente das Unternehmen im ersten Quartal 1,95 Milliarden Euro und damit rund 6 Prozent weniger als vor einem Jahr, wie der Vorstand der Übernahme des US-Saattgutambliers Monsanto stehende Konzern mitteilte. Gleichzeitig fiel der Umsatz um 5,6 Prozent auf 9,1 Milliarden Euro. Verantwortlich dafür machte Bayer Währungseffekte. (dpa)

SPORTARTIKEL

Adidas legt Zweitstellig zu

Der Sportartikelhersteller Adidas hat im ersten Quartal beim Gewinn einen Sprung nach vorn gemacht. Das Betriebsergebnis legte im Vergleich zum Vorjahr um gut 17 Prozent auf 746 Millionen Euro zu, wie der Konzern in Herzogenaurach mitteilte. Der Umsatz wuchs wegen des starken Euro nur um 1,9 Prozent auf 5,5 Milliarden Euro. Währungsbeiträge lag das Plus demnach bei 10 Prozent. (dpa)

Doppelt so viele Öko-Kraftwerke

VON WALTHER ROSENBERGER

Stuttgart - Die Umwelt- und Energieminister von neun Bundesländern dem von der Bundesregierung Geschwindigkeit bei der Energiede. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse „mit höherem Tempo voran gebracht werden“, um die Klimaziele zu erreichen, heißt es in einem Brief der Ressortchefs, der diese Unterlegung vorliegt. Adressat des Schreibens sind die Bundesminister Svenja Sasse (SPD, Umwelt) und Peter Altmaier (CDU, Wirtschaft).

Um Deutschland, das seine künftigen Klimaziele reifen wird, wieder Spur zu bringen, soll insbesondere Ausbau der Solar- und Windkraft gefördert werden. In ihrem Papier plädiert die Landesminister für eine Verdoppelung der aktuell jedes Jahr neu gebauerten Anlagen. Dies müsse durch zusätzliche Anreize für Anlagenhersteller ergänzt werden, ihre Öko-Kraftwerke in ganz Deutschland zu bauen. Die energien Förderregeln für erneuerbare Energien haben dazu geführt, dass Großteil der Windanlagen in Nordostdeutschland und die Mehrheit Solaranlagen in Süddeutschland. Um die Stromerzeugung sicher betreiben zu können, ist aber eine bessere Verteilung der Anlagen über das gesamte Bundesgebiet vorzuziehen. Insbesondere beim Windkraftausbau solle so die Mitte und im Süden eine „dynamische Entwicklung erreicht werden“, es in dem Brief, zu dessen Unterzeichnern auch der Südwest-Energieminister Franz Untersteller (Grüne) gehört. Als generellen Treiber der Erneuerbaren schlagen die Landesminister Kohlendioxid vor, die alle Bereiche der Wirtschaft umfasst. Derzeit wird Ausstoß des Klimagas erst in wenigen Bereichen, etwa in der Energiewirtschaft oder der Chemielindustrie erfasst und mit einer Abgabe be-

Annuitätendarlehen

Anbieter	5 J.	10 J.	10 J.
Hypovereinsbank	0,87	1,15	19,88
Sparda-Bank BW	1,05	1,18	20,00
Degussa Bank	0,90	1,21	20,99
Volkswagen Bank	0,89	1,21	20,99
1822direkt	0,91	1,23	20,99
PSD RheinNeckarSaar	1,18	1,28	21,7
Aachener Bausparks	0,74	1,30	22,4
Allianz	1,26	1,31	22,6
Depeka Bausparkasse	0,88	1,36	23,4
Commerzbank	0,88	1,37	23,6
Deutsche Bank	1,09	1,39	24,0
Schleckerster Anbieter		2,01	34,5

Trend: → stagnierend
* Zinszahlung bei einer Darlehenssumme von 200.000
2,5% Tilgung, ohne Berücksichtigung von Gebühren.
Höhe des ausstehenden Effektivzinses beeinflusst.
QUELLE: **biyalode** STAND: 03.04.



ABONNENTEN KÖNNEN EINE DREIStufige KOSTENLOS AUS DEM INTERNET HERUNTERLADEN.
WWW.SUEDKURIER.DE/ABOVORTEIL-PPP

BITTE HALTEN SIE DAZU IHRE ABONNEMENTNUMMER

SO SEHE ICH ES

Von wegen gerechter Handel



Mit dem neuen Handelsabkommen zwischen Mexiko und der EU besteht die Gefahr, dass das mittelamerikanische Land mit Billigfleisch überschwemmt wird.

VON JOCHEN KELLER

und war seit 2016 verhandelt worden. Im Februar 2017 beschlossen beide Seiten unter dem Eindruck des neuen Protektionismus der US-Administration unter Präsident Trump, die Verhandlungen zu beschleunigen.

Jetzt also steht der neue Freihandelsvertrag, auch wenn noch Details auszuhandeln sind und er dann noch von

wenig wir außer Google und Facebook aus den USA beziehen: Orangensaft, Whiskey und Motorräder). Aber taugt der Vertrag wirklich für einen der Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks besseren und gerechteren Handel?

Waren Zölle auf Industriegüter schon durch den alten Vertrag weitgehend beseitigt, sollen nun laut EU-Kommissar

Warnlampe auf. Und wenn die angeführten Beispiele zunächst auch harmlos klingen (Wegfall der Zölle auf Schokolade und Teigwaren), ist doch klar, dass es um anderes geht. Bei „Schweine- und Geflügelfleisch“ wird deutlich, was wirklich gemeint ist. Ähnlich wie die USA mit subventioniertem Mais und Weizen werden die EU-Staaten

werden, dass sich in Mexiko eine starke einheimische Industrie entwickeln kann. Bankrotte hunderttausenden zu uns über den Atlantik kommen. Sie werden weiter versuchen, die Grenze der USA zu öffnen, auch wenn Trump ihnen